

**Flurbereinigungsverfahren Perl-Oberperl-Sehndorf**  
**Gemeinde Perl**  
**Landkreis Merzig-Wadern**

**Änderungsbeschluss Nr. 6**

**1. Anordnung geringfügiger Änderungen des Flurbereinigungsgebietes Perl-Oberperl-Sehndorf**

Nach § 8 Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19.12.2008 (BGBl. I S. 2794), wird das mit Beschluss des Ministers für Wirtschaft - Obere Flurbereinigungsbehörde - vom 02.03.1989, Az.: E/3-55P 5 Perl, Tgb.Nr. 269/89 Mo/He festgestellte und mit den Beschlüssen vom 09.06.1998, 29.07.1998, 08.11.1999, 26.06.2000 und 17.02.2011 geringfügig geänderte Flurbereinigungsgebiet des **Flurbereinigungsverfahrens Perl-Oberperl-Sehndorf** wie folgt geringfügig geändert:

**1.1 Zum Flurbereinigungsgebiet werden zugezogen:**

**1.1.1 Gemarkung Perl**

Flur 3, Flurstücksnummern 1943/2, 1943/6, 1944/1, 1944/2, 1944/3, 1944/6, 1944/7

Flur 4, Flurstücksnummern 5/1, 7, 8, 11, 23, 24, 25, 26, 44

Flur 10, Flurstücksnummer 47

Flur 34, Flurstücksnummern 5/2, 58

**1.1.2 Gemarkung Oberperl**

Flur 3, Flurstücksnummern 120/5, 120/6, 120/7, 120/8, 120/9, 120/10, 120/12, 120/13, 326/3, 465/39, 586/16, 586/17, 586/18, 589/8, 589/10, 589/11

Flur 10, Flurstücksnummer 47

Flur 34, Flurstücksnummern 5/2, 58

**1.1.3 Gemarkung Sehndorf**

Flur 3, Flurstücksnummern 67/1, 81

Flur 9, Flurstücksnummern 1, 20, 48, 49, 56/2, 69/3, 79/2

Flur 11, Flurstücksnummern 23, 27, 28, 29, 44

**1.1.4 Gemarkung Besch**

Flur 1, Flurstücksnummer 1445

Flur 2, Flurstücksnummern 97/36, 97/37, 546/1, 727/1, 1665, 1711/1, 2910/17

**1.1.5 Gemarkung Borg**

Flur 16, Flurstücksnummer 52/2

**1.1.6 Gemarkung Sinz**

Flur 3, Flurstücksnummern 5, 6

Die zugezogenen Flurstücke haben eine Gesamtgröße von 10,1086 ha.

**1.2 Vom Flurbereinigungsgebiet werden ausgeschlossen:****1.2.1 Gemarkung Perl**

Flur 2, Flurstücksnummern 173/3, 1428/27, 1428/33, 1428/42, 1430/6

Flur 10, Flurstücksnummer 101

**1.2.2 Gemarkung Besch**

Flur 2, Flurstücksnummern 2176/2, 2210/1, 2225/3

Die ausgeschlossenen Flurstücke haben eine Gesamtgröße von 3,7638 ha.

Die Größe des Flurbereinigungsgebietes beträgt nunmehr 865,0011 ha.

Die Grenze des Flurbereinigungsgebietes ist in einer Gebietskarte nachrichtlich dargestellt. Die Gebietskarte ist nicht Bestandteil des entscheidenden Teils dieses Beschlusses, sie dient der Information über die Lage des gesamten Verfahrensgebietes.

**2. Beteiligte**

Am Flurbereinigungsverfahren sind gemäß § 10 FlurbG beteiligt:

- als Teilnehmer die Eigentümer und Erbbauberechtigten der dem Flurbereinigungsverfahren unterliegenden Grundstücke;
- als Nebenbeteiligte insbesondere
  - a) Gemeinden und Gemeindeverbände, in deren Bezirk Grundstücke vom Flurbereinigungsverfahren betroffen werden;
  - b) andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Land für gemeinschaftliche oder öffentliche Anlagen erhalten oder deren Grenzen geändert werden;
  - c) Wasser- und Bodenverbände, deren Gebiet mit dem Flurbereinigungsgebiet räumlich zusammenhängt und dieses beeinflusst oder von ihm beeinflusst wird;
  - d) Inhaber von Rechten an den zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken oder von Rechten an solchen Rechten oder von persönlichen Rechten, die zum Besitz oder zur Nutzung solcher



Grundstücke berechtigen oder die Benutzung solcher Grundstücke beschränken;

- e) Empfänger neuer Grundstücke nach den §§ 54 und 55 FlurbG bis zum Eintritt des neuen Rechtszustandes;
- f) Eigentümer von nicht zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken, denen ein Beitrag zu den Unterhaltungs- oder Ausführungskosten auferlegt wird oder die zur Errichtung fester Grenzzeichen an der Grenze des Flurbereinigungsgebietes mitzuwirken haben.

### 3. Teilnehmergeinschaft

Die Eigentümer der zum Flurbereinigungsgebiet zugezogenen Grundstücke und die Erbbauberechtigten sind Mitglieder der mit dem Flurbereinigungsbeschluss vom 02.03.1989 entstandenen

"Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung Perl-Oberperl-Sehndorf".

### 4. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieses Verwaltungsaktes nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der jeweils gültigen Fassung wird angeordnet mit der Folge, dass Rechtsbehelfe gegen ihn keine aufschiebende Wirkung haben.

### 5. Aufforderung zur Anmeldung von Rechten

Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, sind nach § 14 Abs. 1 FlurbG innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem **Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung - Abteilung Landentwicklung - Dörrenbachstr. 2, 66822 Lebach**, anzumelden. Zu den unbekannten Rechten gehören z. B. nicht eingetragene dingliche Rechte an Grundstücken oder Rechte an solchen Rechten sowie persönliche Rechte, die zum Besitz oder zur Nutzung von Grundstücken berechtigen oder die Nutzung von Grundstücken beschränken. Werden Rechte erst nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines oben aufgeführten Rechtes muss die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

Diese Rechte sind auf Verlangen der Flurbereinigungsbehörde innerhalb einer von dieser zu setzenden weiteren Frist nachzuweisen. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist ist der Anmeldende nicht mehr zu beteiligen.

### 6. Zeitweilige Einschränkung des Eigentums

Nach § 34 (bzw. § 85 Nummer 5) FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde erforderlich:



- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand gemäß § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muss die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, dass derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

Wer den Vorschriften zu Buchstabe b), c) oder d) zuwiderhandelt, begeht nach § 154 FlurbG eine Ordnungswidrigkeit, die mit Geldbuße geahndet werden kann.

## **7. Betretungsrecht**

Die Beauftragten der Flurbereinigungsbehörde sind berechtigt, zur Vorbereitung und zur Durchführung der Flurbereinigung Grundstücke zu betreten und die nach ihrem Ermessen erforderlichen Arbeiten auf ihnen vorzunehmen.

## **8. Bekanntmachung des Änderungsbeschlusses**

Eine Ausfertigung des Beschlusses wird in der Gemeinde Perl öffentlich bekannt gemacht. Die Ausfertigung des Änderungsbeschlusses mit Begründung und eine Gebietskarte liegen zwei Wochen lang nach dem ersten Tag der öffentlichen Bekanntmachung im Rathaus der Gemeinde Perl - Abteilung Liegenschaften - zur Einsichtnahme für die Beteiligten während der Geschäftszeiten aus.

## **9. Begründung**

Dieser Änderungsbeschluss wird vom Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung als zuständige Flurbereinigungsbehörde erlassen, da es sich nach Umfang und Auswirkungen um eine geringfügige Änderung handelt. Rechtsgrundlage für den Beschluss ist § 8 Abs. 1 FlurbG.

Die formellen Voraussetzungen für die geringfügige Änderung eines Flurbereinigungsverfahrens sind mit der Anhörung des Vorstands der Teilnehmergemeinschaft erfüllt.

Mit der Hinzuziehung der unter 1.1 und dem Ausschluss der unter 1.2 aufgeführten Flurstücke wird eine Änderung der Verfahrensgrenze bewirkt. Die Zuziehung bzw. der Ausschluss der Flurstücke erfolgt, um

- Grundstücke auf Anfrage der betroffenen Eigentümer im Einverständnis tauschen zu können
- eine optimalere Verfahrensgrenze zu erhalten
- Wegebaumaßnahmen zu ermöglichen
- sowie aus vermessungstechnischen Gründen

#### **10. Gründe für die sofortige Vollziehung**

Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses liegt im überwiegenden Interesse der Beteiligten. Es liegt insbesondere in ihrem Interesse, dass die Weiterführung des Flurbereinigungsverfahrens nicht verzögert wird, damit die angestrebten betriebswirtschaftlichen Vorteile möglichst bald eintreten. Dem gegenüber könnte durch die aufschiebende Wirkung möglicher Rechtsbehelfe eine erhebliche Verfahrensverzögerung eintreten.

Die sofortige Vollziehung liegt auch im öffentlichen Interesse. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und die damit investierten öffentlichen Mittel tragen ganz erheblich zur Erhaltung der Landwirtschaft und der Kulturlandschaft und damit zur Erhaltung eines bedeutenden Wirtschaftsfaktors in der Landwirtschaft bei. Im Hinblick auf den raschen Strukturwandel in der Landwirtschaft ist es erforderlich, dass die mit der Bodenordnung angestrebten Ziele möglichst schnell verwirklicht werden.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb einer Frist von einem Monat nach dem ersten Tag der öffentlichen Bekanntmachung Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen bei dem:

**Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung**  
**- Abteilung Landentwicklung -**  
**Dörrenbachstr. 2**  
**66822 Lebach**



Wird der Widerspruch schriftlich eingelegt, ist die Widerspruchsfrist von einem Monat nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eingegangen ist.

Hinweis: Der Widerspruch kann nicht per E-Mail oder Fax eingelegt werden.



(DS)

Simon, Amtsleiter